

Industrieakzeptanz in der Stadt Krefeld

Die Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein hat in Kooperation mit der Hochschule Niederrhein in der Stadt Krefeld eine Bevölkerungsumfrage zum Thema Industrieakzeptanz durchgeführt. Hier finden Sie die Hauptaussagen der Studie:

Ausbau der Energieinfrastruktur

Durch den im Jahr 2011 sukzessiv begonnenen Ausstieg der Bundesrepublik Deutschland aus der Atomenergie sind insbesondere Investitionen in die zukünftige Energiesicherheit für Wirtschaft und Bürger von hoher Bedeutung. Damit die Energiewende gelingt, muss der Ausbau von Netzen, Speichern und Kraftwerken beschleunigt werden. Die enormen notwendigen Investitionen erfordern Planungssicherheit. Die Politik muss daher zusammen mit der Wirtschaft Informationsbarrieren abbauen und für die Akzeptanz bei den Bürgern vor Ort werben. Auch in Krefeld muss dieser Prozess beschritten werden. 57 Prozent der Krefelder Bevölkerung sind der Auffassung, dass größere Maßnahmen notwendig sind, um die Herausforderungen der Energiewende zu meistern. Lediglich 29 Prozent halten Instandhaltungsmaßnahmen für ausreichend. Insgesamt ist die Krefelder Bevölkerung damit im Durchschnitt realistischer als die Bundesbürger. Nur knapp jeder zweite Deutsche glaubt nach Angaben der Umfrage des Allensbachinstitutes, dass größere Ausbaumaßnahmen notwendig sind, damit die Energiewende gelingt. Für mehr als jeden dritten Bürger sind Erhaltungsmaßnahmen ausreichend

Verkehrsinfrastruktur

Krefeld wird immer stärker zu einem Logistikstandort. Mittlerweile sind 12 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten bei Unternehmen aus den Bereichen Großhandel oder Verkehr bzw. Logistikdienstleistungen angestellt. Diese Branchen sind eng mit der heimischen Industrie - insbesondere durch die Distribution der heimischen Waren in die internationalen Märkte - verknüpft. Damit diese Branchen weiterhin ihr Potenzial ausschöpfen können und die Exportfähigkeit der hiesigen Industrie nicht gefährdet wird, sind stetige Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur notwendig. Die Industrie- und Handelskammer spricht sich unter anderem für den Ausbau der A 57 sowie die direkte Anbindung des Hafens an das überregionale Fernstraßensystem aus. Auch weite Teile der Krefelder Bevölkerung halten einen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur für notwendig. Fast jeder zweite Krefelder (48 Prozent) ist der Auffassung, dass der hohe Standard nur durch größere Maßnahmen gehalten werden kann.

Auf Bundesebene ist die Akzeptanz für entsprechende verkehrspolitische Schritte weniger stark ausgeprägt. Fast 60 Prozent der Bundesbürger halten Erhaltungsmaßnahmen für ausreichend, nur jeder dritte Deutsche sieht die Notwendigkeit größerer Maßnahmen. Dennoch: Für einen Handels- und Logistikstandort wie Krefeld kann es durchaus kritisch werden, wenn knapp jeder zweite Bürger keine Notwendigkeit für größere Maßnahmen hinsichtlich der Verkehrsinfrastruktur sieht. Zudem bedeutet die generelle Einsicht in die Notwendigkeit eines Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur noch nicht, dass man sich nicht trotzdem gegen konkrete Projekte in unmittelbarer Umgebung zum eigenen Wohnumfeld wehren würde.

Realisierungschancen großer Bauprojekte

In Deutschland wird nicht erst seit der Eskalation um den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs von weiten Teilen der Wirtschaft die erschwerte Realisierung von Großprojekten aufgrund von Bürgerprotesten beklagt. In jeder Region existieren Beispiele von „Stuttgart 21“ - wenn auch in geringerer Dimension. 74 Prozent der in Krefeld befragten Bürger sind der Meinung, dass es eher schwer oder sehr schwer ist, große Bauprojekte am Standort durchzuführen. Damit sind die Krefelder hinsichtlich der Realisierungschancen von infrastrukturellen Großprojekten weitaus pessimistischer als die deutsche Bevölkerung insgesamt. Mit 58 Prozent ist bei den Bundesbürgern der Anteil der Bürger geringer, die eine Realisierung von Großprojekten als ‚eher schwer‘ oder ‚sehr schwer‘ einschätzen.

Somit herrscht in der Bevölkerung der (zumindest subjektive) Eindruck, dass Krefelder Projekte eine geringere Planungs- und Realisierungssicherheit haben. Hier mögen zudem auch (medial pointiert dargestellte) Projekte wie der geplante Bau des Steinkohlekraftwerkes die Bürger in ihrer Meinung beeinflusst haben. In jedem Fall kommt in diesem Ergebnis eher keine ablehnende Haltung gegenüber industriellen Großvorhaben oder Infrastrukturvorhaben zum Ausdruck. Schwingt hier eine negative Bewertung für die Krefelder Politik bzw. Verwaltung hinsichtlich deren projektbegeleitender Maßnahmen mit? Die Interpretation muss offen bleiben.

Ansprechpartner

Gregor Werkle

Telefon: +49 2151 635-353

Telefax: +49 2151 635-44353

E-Mail: werkle@mittlerer-niederrhein.ihk.de

Nordwall 39

47798 Krefeld

Dokument-Infos

Webcode: 1414

Ausdrucksdatum: 19.03.2019